



Delete Abschiebung: Der Weg in eine andere Gesellschaft

Seit über einem Jahr häufen sich in Niedersachsen die Abschiebungsverhinderungen - Zeit für eine erste Analyse. Das Göttinger Bündnis gegen Abschiebungen zieht ein erstes Resümee und wagt einen Blick in die Glaskugel.

Prüfungsprozesse in Deutschland für so genannte Dublin-Verfahren sind häufig weder eindeutig noch nachvollziehbar. Die Antragssteller sind oft der Willkür einzelner Gerichte und Behörden ausgesetzt und dadurch erneut verunsichert, traumatisiert und ins Elend gestürzt. In einer Welt der propagierten Mobilität und Bewegungsfreiheit bedeutet eine Abschiebung nichts anderes als das Versagen des herrschenden Systems. In Göttingen und anderen niedersächsischen Städten wehren sich viele Bürgerinnen und Bürger entschlossen gegen Abschiebungen und stellen sich selbst gegen das Verfahren. Ein lokalkolorierter Bericht.

Betroffene vor der Polizei schützen

Alles begann mit der versuchten Dublin-Abschiebung eines Somaliers nach Italien im April 2014, die mit mehreren Verletzten endete. Grund dafür war der Polizeieinsatz unter Beteiligung der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) mit Hunden. Solidarische Menschen aus Göttingen versammelten sich vor der Wohnung des Betroffenen und verhinderten unter bloßem Einsatz ihres Körpers den Vollzug der Abschiebung. Sie besetzten kurzerhand alle Treppen im Haus. Die Polizei prügelte sich geradezu durchs Treppenhaus zur Unterkunft des Betroffenen. Irgendwann gab die



Polizei auf. Zurück blieben viele Verletzte auf beiden Seiten und weit mehr schockierte Menschen. Dennoch ließe sich die Aktion als Erfolg werten. Der Vollzug der Abschiebung konnte an diesem Tag blockiert und der Somalier vor der Festnahme durch die BFE gerettet werden.

Die Eskalation während der verhinderten Abschiebung verursachte ein mittleres politisches Erdbeben in Stadt und Land. Siegfried Lieske, der zuständige grüne Ordnungsdezernent der Stadt, kündigte an, sich künftig nicht mehr an Abschiebungen von langjährig in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zu beteiligen. Grüne, Linke und Piraten sowie mehrere Organisationen forderten die Auflösung der BFE. Hitzig wurde der umstrittene Einsatz im April 2014 auch im Landtag diskutiert. Wenige Wochen später stand das Privatauto eines BFE-Polizisten in Flammen und der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius ergriff daraufhin glühend Partei der BFE-Beamten und Beamten.

Nach über einem Jahr ist der Einsatz noch immer Anlass für Spekulationen. Handelte es sich wirklich bloß um einen verfahrensrechtlichen Einsatz, um eine Abschiebung mit allen Mitteln durchzusetzen? Sollte der Einsatz vielmehr eine Übungssituation für die noch recht junge BFE in Göttingen schaffen? Oder diente er der Abschreckung solcher Menschen, die sich Abschiebungen widersetzen – seien es Betroffene, seien es solidarische Bürgerinnen oder Bürger? Zumindest der Abschreckungseffekt hat sich nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil, der brutale Polizeieinsatz bewirkte einen Göttinger Solidaritätsruck. Die Blockaden von Abschiebungsverfahren erhielten fortan doppelt so viel Zulauf. Und das, obwohl der erste Skandaleinsatz eine Reihe an Gerichtsverfahren gegen die Demonstrierenden nach sich zog: Widerstand, fahrlässige Körperverletzung und

der brutale Polizeieinsatz bewirkte einen Göttinger Solidaritätsruck

Beleidigung. Zugleich stand die Polizei und deren Gewaltausübung stark in der Kritik. Daran änderten weder die Ordnungsstrafen gegen solidarische Prozessbeobachter etwas, noch die Wertung polizeikritischer Statements im Gerichtssaal als Beleidigung. Welchen Effekt hatten die Vorfälle rund um den Einsatz im April 2014 auf die Göttinger Protestbewegung? Die Aktivisten im Widerstand gegen Abschiebungen organisierten sich seither besser. Von 20 geplanten Abschiebungen konnten die Ordnungsbehörden im Jahr 2014 nur sechs durchsetzen. Für mehrere Monate am Stück wurde die Stadt quasi zur abschiebungsfreien Zone. Man vernetzte sich mit Gleichgesinnten in Osnabrück. Es kam zu Blockaden auch vor Parteizentralen. Parteibüros wurden besetzt. Das große Bündnis gegen Abschiebungen wurde ins Leben gerufen. Am Tag der deutschen Einheit stellten die Bündnisse in Osnabrück und Göttingen unter dem Motto "Unsere Einheit heißt Solidarität - Stoppt das Sterben!!" lautstark rassistische Politik und Stimmungsmache und die neoliberale Verwertungslogik in der Gesellschaft an den Pranger.

Nach weiteren blockierten Abschiebungen und Auseinandersetzungen im Rathaus, lud Boris Pistorius im Dezember 2014 zu einem runden Tisch namens „Kommunikation auf Augenhöhe – für einen respektvollen Umgang“ ein. Ganz so rund war die Besetzung dann jedoch nicht: Neben Parteien, Kirchen und der Polizei waren Vertreter für die Interessen geflüchteter Menschen nicht vertreten. Die einzige eingeladene bürgerliche Basisinitiative lehnte ab. Ihre Begründung lautete: "Wir setzen uns nicht mit denen an einen Tisch, die unsere Freunde und Nachbarn verprügeln und abschieben, die soziale Bewegungen kriminalisieren." Vor der Kirche, in der sich nun vor allem der Staat in persona mit sich selber traf, wurde



Erst verprügelt, dann abgeschoben

SCHWERIN 21.1.15 Ende 2014 wurde ein 20-jähriger Asylsuchender in Schwerin rassistisch beschimpft und mit einem Baseballschläger zusammengeschlagen. Der Verein Lobbi, der Opfer rassistischer Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern betreut, organisierte für den verletzten und traumatisierten Flüchtling, dass er in der Schweriner Heliosklinik behandelt werden sollte. Doch er wurde nach Italien abgeschoben. Die Opferberatungsstellen fordern seit Jahren ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt. Konkret setzt Lobbi sich nun für die Rückkehr dieses jungen Mannes ein. <



dagegen protestiert. Unbekannte zerkratzten dabei angeblich den Lack am Dienstfahrzeug von Landespolizeipräsident Uwe Binias.

Göttinger Bündnis:
<http://abschiebungenstoppen.noblogs.org>

Osnabrücker Bündnis :
<http://nolageros.blogspot.eu><Anmerkungen>



Ausblick auf die Zukunft

Siegfried Lieske und seiner Partei gefällt ihre Aufgabe als Ordnungsdezernat vermutlich inzwischen nicht mehr. Unlängst wurde Lieskes Wechsel ins Personaldezernat bekannt, mit dessen jetzigen Vorsitzenden, Hans-Peter Suermann, solle er tauschen. Derartige machttaktische Erwägungen seien nicht gerecht, sagte der Vorsitzende. Der grüne Dezernent solle "im Bereich Ordnung" nur aus der Schusslinie genommen werden, damit er sich bei künftigen Abschiebungen „nicht die Finger schmutzig machen" muss.

Für mehrere Monate am Stück wurde die Stadt quasi zur abschiebungsfreien Zone.

Wie dem auch sei und mit was für kreativen Veränderungen die Behörden uns gegenüber weiterhin mobil machen wollen: Wir wollen zusammen stehen für ein neues Recht auf Gesellschaft und Teilhabe an Stadt, denn wir bestimmen selbst wer hier "Recht auf Stadt" bekommt. Wir halten zusammen und lassen uns nicht spalten, von denen die uns in Ecken drängen und unsere Kämpfe vereinzeln wollen.<

Seit März 2014 wurden allein in den Städten Osnabrück, Göttingen und Hannover über 40 Abschiebungen durch Blockaden verhindert, die größtenteils nach der Dublin-Verordnung durchgeführt werden sollten. Dem Beispiel einer Abschiebeblockade folgen viele andere Städte in Deutschland.

Blockade gegen drohende Kettenabschiebung

GIEßEN 20.1.15
 Als die Polizei in Gießen zur Überstellung eines eritreischen Asylsuchenden anrückte, blockierten rund 50 Bürgerinnen und Bürger den Eingang des Wohnhauses. Der 27-Jährige sollte nach Norwegen überstellt werden, wo ihm trotz der desaströsen Menschenrechtslage in Eritrea die Abschiebung ins Herkunftsland droht. Der norwegische Staat will mit der brutalen Militärdiktatur dafür eigens ein Rücknahmeabkommen schließen. Bei unveränderter Rechtslage solle es einen neuen Abschiebeversuch geben - und eine weitere Blockade.<